

Die Stimmungslage in der Ukraine

Die politische und gesellschaftliche Instabilität wächst

Susan Stewart

Seit geraumer Zeit stellen sowohl Ukrainer als auch Beobachter im Ausland die Frage, ob die Zeit reif sei für einen »dritten Majdan«. Die Proteste, die am 17. Oktober 2017 und in den Wochen danach stattgefunden haben, sind der Startschuss dafür nicht. Sie sind eher auf die Initiative politischer Akteure zurückzuführen und haben nicht das Potential für eine Massenmobilisierung. Allerdings vermitteln diese Proteste wichtige Botschaften über die politische und gesellschaftliche Lage im Land. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre sind sie ein Zeichen dafür, dass sich die Situation in den kommenden Monaten gefährlich aufheizen könnte.

Vier Jahre nach dem sogenannten Euro-majdan profitiert die ukrainische Bevölkerung kaum von den Reformen, die seither durchgeführt wurden. Die Preise für Strom und Gas sind erheblich gestiegen, und die allgemeine soziale und wirtschaftliche Lage hat sich Umfragen zufolge eher verschlechtert als verbessert. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass diejenigen, die das Land geplündert haben und gewaltsam gegen Majdan-Demonstranten vorgegangen sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Die herrschende Elite kann zwar auf erhebliche Fortschritte bei der makroökonomischen Entwicklung und beim Ausbau der Beziehungen zur EU verweisen. Es wird aber immer deutlicher, dass die Korruptionsbekämpfung dort aufhört, wo wesentliche Interessen von Führungsspitzen in Politik und Wirtschaft betroffen sind. Zu diesem Personenkreis gehören der Präsident, viele

Minister und einflussreiche Parlamentarier, Leiter von Schlüsselbehörden sowie die Oligarchen und deren Vertrauenspersonen. Der unzureichende Kampf gegen Korruption im Milieu dieser Eliten stellt die bisherigen Errungenschaften in Frage. Schließlich sterben weiterhin fast täglich Ukrainerrinnen und Ukrainer im Donbas. Aus all diesen Gründen ist die Unzufriedenheit in der Bevölkerung groß. Auch wenn viele Menschen im Land erkennen, dass Instabilität in der Ukraine von Russland leicht instrumentalisiert werden kann, ist ihre Geduld mit den heutigen Eliten nicht grenzenlos.

Proteste: Kein langer Atem

Am 17. Oktober 2017 zogen einige Tausend Protestierende vor das ukrainische Parlament (Werchowna Rada). Sie erhoben drei Forderungen: die Schaffung eines Anti-

korruptionsgerichts, eine Wahlreform hin zu einem reinen Proporzsystem mit offenen Parteilisten und die Aufhebung der Abgeordnetenimmunität. Alle diese Punkte haben zumindest mittelbar mit Korruptionsbekämpfung zu tun und werden seit langem diskutiert. Bereits am 20. Oktober waren allerdings von den ursprünglich etwa 4500 Protestierenden nur noch einige Hundert übrig, obwohl noch keines der entsprechenden Gesetze endgültig verabschiedet worden war. Zwei Gesetzentwürfe zum Thema Immunität wurden zur Prüfung ans Verfassungsgericht weitergeleitet und ein Gesetz mit Änderungen des Wahlsystems hat die Rada inzwischen in erster Lesung (also noch nicht bindend) angenommen. Erst am 22. Dezember brachte Präsident Poroschenko einen Gesetzentwurf zur Schaffung eines Antikorruptionsgerichts ein, der allerdings bei Teilen der ukrainischen Zivilgesellschaft auf heftige Kritik stieß. Dem Präsidenten wird vorgeworfen, die Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarats in Bezug auf dieses Gesetz nicht berücksichtigt zu haben. So seien Schlupflöcher geschaffen worden, durch die das Gericht von politischen Instanzen kontrolliert werden könnte.

Aufgerufen zu den Oktober-Protesten hatten angesehen zivilgesellschaftliche Organisationen (Initiative »Reanimationspaket für Reformen«, das Antikorruptionszentrum AntAC, die Bewegung »Chesno«) und einige jüngere Parlamentarier (unter anderem Mustafa Najem und Jehor Sobolew). Eine sehr exponierte Rolle spielten der frühere georgische Präsident Michail Saakaschwili und seine Gruppierung »Bewegung neuer Kräfte«. Saakaschwili forderte zusätzlich ein Gesetz über ein Impeachment-Verfahren und setzte den Protest nach dem 19. Oktober fort, obwohl die meisten Demonstrierenden das Lager zu diesem Zeitpunkt bereits geräumt hatten. Saakaschwili blieb bis Anfang Dezember im Zeltlager vor der Rada. Nach einem gescheiterten Versuch der Ordnungskräfte, ihn dort zu verhaften, wurde er nach massiven Zusammenstößen mit seinen Anhängern am 8. Dezember festgenom-

men. Zurzeit läuft ein Gerichtsverfahren gegen ihn wegen Unterstützung einer kriminellen Organisation. Angeblich habe er von Serhij Kurtschenko, einem ukrainischen Oligarchen, der den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytch unterstützt hat und derzeit wie dieser in Russland lebt, 500 000 US-Dollar erhalten, unter anderem um die Proteste vor der Rada zu finanzieren. Saakaschwili bestreitet die Anschuldigungen. Sein Antrag auf politisches Asyl in der Ukraine wurde in erster Instanz abgelehnt.

Politik: Intrigen und Entscheidungsschwäche

Auch wenn die neuerlichen Proteste kein Schlüsselereignis für die Ukraine sind, liefern sie doch wichtige Hinweise auf die politische und soziale Situation in dem Land. Erstens zeigen sie, dass viele politische Kräfte sich bereits für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die beide 2019 stattfinden, in Stellung bringen. Dies gilt nicht nur für Saakaschwili, sondern auch für alle im Parlament vertretenen politischen Parteien und für Präsident Petro Poroschenko und andere mögliche Präsidentschaftskandidaten. Insgesamt durchlebt die Ukraine gegenwärtig eine Phase der politischen Intrigen, in der das Schmieden von taktischen Allianzen und das Aushandeln von Tauschgeschäften wichtiger sind als politische Inhalte und Reformvorhaben.

Deutlich wird derzeit zweitens auch die Fragmentierung der oppositionellen Kräfte. Saakaschwili und seine Anhänger auf der einen und die zivilgesellschaftlichen Aktivisten und reformorientierten Parlamentarier auf der anderen Seite sprechen oft keine gemeinsame Sprache. Saakaschwilis Fall ist sicherlich speziell, wegen seiner schillernden Persönlichkeit, seiner Vergangenheit als Präsident Georgiens und seines Outsider-Status im ukrainischen politischen Gefüge. Aber auch die Versuche anderer ukrainischer Oppositioneller, zu einem gemeinsamen politischen Ansatz zu gelangen, um inner- und außerhalb des Parlaments eine stärkere Rolle spielen zu können, waren bis

lang nicht von Erfolg gekrönt. Dies gilt sowohl für die sogenannten »Eurooptimisten« in der Rada als auch für die Unterstützer der Partei »Demallianz«, die die neuen Kräfte bündeln sollte.

Der Umgang mit Saakaschwili (und mit dem Protestphänomen insgesamt) zeigt dreifach die Schwierigkeiten und Ängste der heutigen ukrainischen Führung auf, die oft widersprüchlich agiert. Auf der einen Seite ist sie sich bewusst, dass ein harter Umgang mit Demonstrierenden weitere Proteste provozieren könnte. Dies ist eine Lehre des Euromajdans, die sich die heutige Führung zu Herzen genommen hat. Auf der anderen Seite ist insbesondere Poroschenko nicht bereit, ernsthafte Konkurrenz zu tolerieren. Selbst Saakaschwili scheint zu dieser Kategorie zu zählen, da er – auch wenn er als Präsidentschaftskandidat von Rechts wegen nicht in Frage kommt – die Stimmung in der Bevölkerung gegen Poroschenko anheizt. So verfolgt die Führung in Bezug auf politische Gegner keine konsequente Linie: Saakaschwili zum Beispiel wird einerseits die Staatsbürgerschaft aberkannt, andererseits wird er nach einer illegalen Einreise nicht des Landes verwiesen, sondern darf oppositionelle Proteste mitgestalten. Eine solche Widersprüchlichkeit ist typisch für den Umgang der Regierung mit Protesten insgesamt, wie die Wirtschaftsblockaden der Krim (Herbst 2015) und der besetzten Gebiete des Donbas (Anfang 2017) gezeigt haben. In beiden Fällen hat die Regierung die Proteste zunächst kritisiert, aber im Endeffekt die Linie der Protestierenden übernommen und einen Großteil des Handels zwischen den besetzten und den nicht besetzten Territorien verboten. Dies zeugt von einer gewissen Entscheidungsschwäche und stellt zudem das Gewaltmonopol des Staates ernsthaft in Frage, weil dieser nicht in der Lage war, den Protesten ein Ende zu setzen, ohne die Agenda der Protestierenden zu akzeptieren. Das ist besonders gefährlich in einer Situation, in der viele Waffen im Umlauf sind und man sich an die Idee von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zunehmend gewöhnt.

Bevölkerung: Steigende Unzufriedenheit

Nicht nur die jüngeren Proteste haben gezeigt, dass das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger zu protestieren gegenwärtig nicht besonders groß ist. Die Meinung ist weit verbreitet, dass man durch Demonstrationen politische Entscheidungen nicht effektiv beeinflussen kann. Viele Bürger sind zudem nicht bereit, durch ihre Teilnahme an Protesten diejenigen politischen Kräfte zu unterstützen, die zu solchen Manifestationen aufgerufen haben. Dies war schon beim Euromajdan der Fall. Auch die oppositionellen Politiker, die sich damals am meisten exponierten (Arsenij Jazenjuk, Witalij Klitschko und Oleh Tjahnybok), wurden von der Bevölkerung mit großer Skepsis beäugt.

Gleichwohl verstärken sich in der Gesellschaft der Ärger oder gar die Wut über fehlende Reformergebnisse immer deutlicher. Die Bürgerinnen und Bürger spüren keine Verbesserungen in ihrem alltäglichen Leben und merken in steigendem Maße, dass Korruption auf höchster Ebene nicht nachhaltig bekämpft wird. Hinzu kommt, dass Betrüger und Gewaltanstifter der Janukowytsh-Ära nicht zur Verantwortung gezogen wurden, weil sie Komplizen in der herrschenden Elite haben, die sie vor Strafverfolgung schützen. Eine schlechte wirtschaftliche und soziale Lage und eine Elite, die sich auf Kosten der Bevölkerung bereichert – das ist ein Nährboden für möglicherweise noch schwerwiegende Folgen für den ukrainischen Staat, zumal russische Akteure mehr als bereit sind, jegliche Instabilität im Land für eine zusätzliche Schwächung Kiews auszunutzen.

Trotz der geringen Teilnahme an den letzten Protesten ist laut Umfragen die Korruptionsbekämpfung für große Teile der ukrainischen Bevölkerung ein Schlüsselthema, ebenso wie die Frage der Konfliktbewältigung im Donbas und sozioökonomische Probleme (Inflation, Arbeitslosigkeit, sozialer Schutz usw.). Frühere Proteste, unter anderem die oben erwähnte Handelsblockade, haben gezeigt, dass die Situation

im Donbas ein Reizthema ist. Soziale Probleme haben bei weitem nicht so intensive Proteste ausgelöst, und wenn, dann eher im Rahmen einer bestimmten Berufsgruppe. Aber die Verquickung von sozioökonomischen Schwierigkeiten, fehlender Korruptionsbekämpfung und eines anhaltenden Gewaltkonflikts im Donbas kann gefährlich werden, vor allem in einer Situation, in der Politiker zu populistischen Parolen greifen, um ihre Gegner zu diskreditieren und sich im Hinblick auf die kommenden Wahlen selbst größeren Rückhalt zu verschaffen.

Die Gesellschaft wahrnehmen und schützen

Auch wenn es in der Ukraine zurzeit keine Massenproteste gibt: Das politische und gesellschaftliche Klima im Land ist aufgeheizt und wird sich im Laufe des Jahres 2018 vermutlich weiter aufheizen. Politische Deals und Intrigen werden noch stärker an die Oberfläche dringen, und angesichts der sozialen Lage und der unzureichenden Korruptionsbekämpfung wird die Stimmung in der Bevölkerung eher noch negativer werden, zumal keine substantiellen Erfolge bei der Befriedung des Donbas zu erwarten sind. In dieser Situation wird insbesondere der Präsident stark auf die EU-Karte setzen, da er hier etwas vorzuweisen hat: das nun vollständig in Kraft getretene Assoziierungsabkommen und den Erfolg bei der Visa-liberalisierung, die bis hin zu einem visafreien Regime für Kurzreisen von Ukrainern und Ukrainerinnen in die EU geht. Diese Erfolge existieren tatsächlich, allerdings werden deren Ergebnisse nur nachhaltig bleiben, wenn ukrainische Politiker und Bürokraten sich auf eine grundlegende Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Systems einlassen. Zurzeit ist das nicht der Fall.

Deswegen sollte die EU klare Signale aussenden, dass Rückschritte im Reformprozess mit negativen Konsequenzen für die ukrainische Elite verbunden sein werden. Kurzfristig müssen die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit des Nationalen Anti-

korruptionsbüros (NABU) gesichert und ein autonomes Antikorruptionsgericht geschaffen werden. Mittelfristig sollte die EU auf eine echte Reform der Generalstaatsanwaltschaft drängen. Außerdem ist es ratsam, der sozialen Dimension der Reformen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die EU sollte insbesondere die Umsetzung der Gesundheitsreform zusammen mit ukrainischen Experten eng begleiten, da dieses Projekt die Gelegenheit bietet, für die Bürgerinnen und Bürger konkrete positive Änderungen zu erreichen. Aber auch die Implementierung der Renten- und Bildungsreformen verdient eine solche gesteigerte Aufmerksamkeit. Schließlich sollten deutsche und EU-Akteure im Hinblick auf die Zukunft der Ukraine die Möglichkeiten zur Entstehung einer neuen Elite verbessern. Das kann in Form von Ausbildungsseminaren im Ausland, aber auch einer engeren Zusammenarbeit mit Schlüsseleinrichtungen des ukrainischen Bildungssystems geschehen, wie der Kiewer Mohyla-Akademie oder der Katholischen Universität in Lviv (Lemberg).

Die russische Aggression gegen die Ukraine hat einen großen Teil der ukrainischen Bevölkerung zusammenschweißt, aber das wird nicht ausreichen, wenn die eigene Führung nicht den Willen aufbringt, der Gesellschaft entgegenzukommen und sie als Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen, deren Interessen und Bedürfnisse als prioritär anzusehen sind. Das derzeitige Ausbleiben von Massenprotesten sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unzufriedenheit in der ukrainischen Gesellschaft bereits ein beunruhigendes Niveau erreicht hat und weiterhin wächst. Bislang schlägt der Bevölkerung die Indifferenz der herrschenden Elite entgegen, die sich um ihre eigenen Interessen kümmert. Massenproteste können, müssen aber nicht unbedingt die Folge dieser Konstellation sein. Die gegenwärtigen Verhältnisse könnten allerdings sowohl von russischen Akteuren als auch von populistischen und nationalistischen Kräften in der Ukraine genutzt werden, um eine gefährlich instabile Situation herbeizuführen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf andere SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuelle werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen.

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364